

EVS 2003: Einnahmen und Ausgaben privater Haushalte in Baden-Württemberg

Dr. Karl Pristl, Dr. Michaela Voß

Über wie viel Einkommen verfügen private Haushalte? Wofür geben sie ihr Einkommen aus? Welchen Veränderungen sind Einnahmen- und Ausgabensituation privater Haushalte im Zeitablauf unterworfen? Zu diesen und ähnlichen Fragen geben die Daten der Einkommens- und Verbrauchsstichproben Antworten. Im Folgenden werden die Ergebnisse des gesamten Jahres 2003 vorgestellt.

Der statistische Durchschnittshaushalt in Baden-Württemberg verfügte im Jahr 2003 mit durchschnittlich 4 027 Euro pro Monat über das höchste Bruttomonatseinkommen in einem Ranking mit den anderen Bundesländern. Am niedrigsten war das Bruttomonatseinkommen in Mecklenburg-Vorpommern, wo jeder Haushalt im Durchschnitt nur 2 682 Euro zur Verfügung hatte. Sechs der elf alten Bundesländer erreichten mehr als den gesamtdeutschen Durchschnitt von 3 561 Euro, während alle neuen Bundesländer weit darunter lagen:

Baden-Württemberg	4 027
Bayern	3 960
Hessen	3 891
Rheinland-Pfalz	3 722
Schleswig-Holstein	3 567
Deutschland	3 561
Nordrhein-Westfalen	3 561
Niedersachsen	3 464
Hamburg	3 438
Saarland	3 384
Bremen	3 036
Berlin	3 015
Brandenburg	2 953
Thüringen	2 829
Sachsen-Anhalt	2 782
Sachsen	2 717
Mecklenburg-Vorpommern	2 682

Gegenüber 1988 legten die *nominalen* Bruttoeinkommen der Haushalte in Baden-Württemberg um 57 % zu. Wird zusätzlich die Entwicklung der Preise in diesem Zeitraum berücksichtigt, so hatten die Haushalte im Jahr 2003 aber *real* nur ein um 14 % höheres Einkommen als 1988. Zudem steht das ermittelte Bruttodurchschnittseinkommen im Allgemeinen dem

„typischen“ Haushalt nicht zur Verfügung, denn immerhin 6 von 10 Haushalten in Baden-Württemberg mussten wie schon 1998 mit einem Bruttoeinkommen unterhalb des Durchschnitts auskommen.

Nach Abzug der Steuern auf Einkommen, des Solidaritätszuschlages und der Pflichtbeiträge zur Sozialversicherung von zusammen 875 Euro ergibt sich für die baden-württembergischen Haushalte ein Haushaltsnettoeinkommen von durchschnittlich immerhin 3 152 Euro pro Monat. Auch hier nahmen 6 von 10 Haushalten weniger als das Nettodurchschnittseinkommen ein (*Schaubild 1*). Im Vergleich zu 1988 ist das Nettoeinkommen *nominal* um knapp 55 % gestiegen. Die *reale* Entwicklung der Haushaltsnettoeinkommen sieht allerdings nicht so gut aus, die Steigerung lag bei nur 12 %.

Werden zum Haushaltsnettoeinkommen noch die Einnahmen aus dem Verkauf von Waren (zum Beispiel Möbel, Schmuck) und die sonstigen Einnahmen (zum Beispiel Pfandgeld, Wett- und Lotteriegewinne) hinzugerechnet, kommt man zu den „ausgabefähigen Einkommen und Einnahmen“, über die ein Durchschnittshaushalt tatsächlich verfügt. Ein baden-württembergischer Haushalt konnte im Jahr 2003 monatlich durchschnittlich 3 199 Euro in seinen Konsum und in Ausgaben für andere Zwecke

Dr. Karl Pristl ist Leiter des Referats „Preise, Löhne und Gehälter, Wirtschaftsrechnungen“ im Statistischen Landesamt Baden-Württemberg.

Dr. Michaela Voß ist Referentin im vorgenannten Referat.





Auf der Basis des Gesetzes über die Statistik der Wirtschaftsrechnungen privater Haushalte fand die **Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS)** im Jahr 2003 bundesweit bereits zum neunten Mal statt. Im Rahmen dieser freiwilligen Erhebung haben in Baden-Württemberg insgesamt etwa 6 500 Haushalte der unterschiedlichsten Bevölkerungsgruppen über ihre Einnahmen und Ausgaben Buch geführt. Ihre Angaben wurden auf die etwa 4,7 Mill. Haushalte im Land anhand des Mikrozensus hochgerechnet. Die EVS wurde in zwei Erhebungsteilen durchgeführt. Im Januar 2003 waren zunächst Fragen zu den Haushaltsmitgliedern, zur Wohnsituation, den Vermögensverhältnissen oder Schulden und der Ausstattung mit Gebrauchsgütern zu beantworten. Im Lauf des Jahres wurden dann über einen wechselnden Zeitraum von jeweils 3 Monaten die Einnahmen und die wichtigsten Ausgaben in einem Haushaltsbuch notiert. Etwa 20 % der teilnehmenden Haushalte zeichneten außerdem noch einen Monat lang Menge und Wert der gekauften Nahrungsmittel, Getränke und Tabakwaren auf.

Bei der Interpretation der Daten ist zu beachten, dass Haushalte mit einem monatlichen Nettoeinkommen über 18 000 Euro in der EVS nicht erfasst werden. Die nachgewiesenen

Werte beruhen auf den Angaben der auskunftsbereiten Haushalte. Es sind rechnerisch ermittelte Durchschnittswerte, denen eine breite Streuung der Werte zugrunde liegt.

Die Verwendung der Daten der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe, die sowohl die Einnahmen- als auch die Ausgabenseite des Budgets privater Haushalte beleuchtet und außerdem Erkenntnisse über Vermögensverhältnisse und Lebenssituationen liefert, ist breit gefächert. Sie bilden die Grundlage für die Zusammensetzung des Warenkorb beim Verbraucherpreisindex, werden zur Festlegung der Sozialhilfesätze herangezogen und zur Durchführung von Modellrechnungen für die Lebenshaltungskosten der Kinder genutzt. Diese fließen dann in die Gestaltung von Steuerfreibeträgen und in Unterhaltsregelungen ein. Auch die Erstellung des Armuts- und Reichtumsberichts der Bundesregierung basiert wesentlich auf den aus der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe gewonnenen Erkenntnissen.

Bisher wurden in Baden-Württemberg Daten zur Haushaltsausstattung, zum Vermögen sowie zu den Einnahmen und Ausgaben (Halbjahresergebnisse) privater Haushalte veröffentlicht.

fließen lassen. Gegenüber 1988 war das *nominal* eine Steigerung um 50 % *real* aber nur um 9 %.

Größter Teil des Bruttoeinkommens aus abhängiger Beschäftigung

Die erwerbstätigen Haushaltsmitglieder in Baden-Württemberg erwirtschaften immerhin 55 % des Haushaltsbruttoeinkommens. Damit liegen sie bundesweit an der Spitze. Den niedrigsten Anteil an Bruttoeinkommen aus unselbstständiger Arbeit brachten mit 48 % die Saarländer und Sachsen mit nach Hause. Im Gegenzug ist ein durchschnittlicher baden-württembergischer Haushalt in weitaus geringerem Maße von Transfereinkommen abhängig als in anderen Bundesländern: Etwa ein Fünftel des gesamten Bruttoeinkommens stammt in Baden-Württemberg aus öffentlichen Transferzahlungen wie Rente, Sozialhilfe, Leistungen der Arbeitslosenversicherung, Wohngeld, BAföG und Ähnlichem. In Sachsen betrug der Anteil der Transfereinkommen mehr als ein Drittel und war damit bundesweit am höchsten. Mehr als ein Fünftel (22 %) der Bruttoeinnah-

men der Haushalte kamen in Baden-Württemberg dem Fiskus¹ und der Sozialversicherung zugute. Am höchsten lag dieser Wert mit 23 % in Hamburg, am niedrigsten mit knapp 18 % in Sachsen.

Reale Konsumausgaben rückläufig

Die baden-württembergischen Haushalte konsumieren wenig und sparen im Vergleich mit den anderen Bundesländern mehr. Vom ausgabefähigen monatlichen Einkommen in Höhe von 3 199 Euro flossen 2003 fast drei Viertel in den Konsum und ein Siebtel wurden für Steuern und Versicherungen ausgegeben. Die baden-württembergischen und bayerischen Haushalte wendeten den geringsten Teil für Konsumzwecke auf. Im Gegenzug legten beide im Jahr 2003 mit 13,4 % den nach Rheinland-Pfalz zweitgrößten Anteil auf die hohe Kante, sie mussten aber auch den zweithöchsten Anteil für Versicherungen und Steuern (14,4 %) aufwenden.

Ein baden-württembergischer Privathaushalt gab 2003 in etwa die Hälfte mehr für seinen Konsum aus als noch vor fünfzehn Jahren.

¹ Hier ist noch nicht der Anteil der Ausgaben eines Haushalts enthalten, der über die Mehrwertsteuer auch dem Fiskus zufließt.

Unter Berücksichtigung der Preisentwicklung lag der *reale* Konsumzuwachs aber nur bei 10 %. Dabei fällt in jüngster Zeit eine deutliche Konsumzurückhaltung auf, denn gegenüber 1998 gaben die Haushalte nur 4 % mehr für ihren Konsum aus. Unter Berücksichtigung der Preisentwicklung ist der Konsum der privaten Haushalte von 1998 bis 2003 sogar um 3 % gesunken.

Da die Zahl der Haushalte von 1998 bis 2003 im Land angestiegen ist, haben sich gesamtwirtschaftlich die *realen* privaten Konsumausgaben um 0,6 % verringert. Im Unterschied dazu haben die durchschnittlichen Konsumausgaben der Haushalte von 1988 bis 1998 sowohl *nominal* (+ 46 %) als auch *real* (+ 14 %) noch relativ stark zugenommen. Offensichtlich war eine wachsende Zahl von Haushalten seit Ende der 90er-Jahre nicht mehr Willens oder in der Lage die Konsumausgaben *real* zu erhöhen.

Zwischen 1998 und 2003 Jahren haben private Haushalte in Baden-Württemberg deutliche Schwerpunkte im Ausgabeverhalten gesetzt. So steigerten sie ihre Ausgaben für moderne Informations- und Kommunikationstechnologie *real* um 75 %, die Bedeutung des Bildungswesens im Ausgabenbudget nahm *real* um 43 % zu. Die neuen Zuzahlungsregelungen im Gesundheitswesen schlugen sich im *realen* Ausgabenzuwachs für Waren und Dienstleistungen der Gesundheitspflege mit 14 % nieder. Andererseits wurde in sieben Ausgabebereichen gegenüber 1998 weniger ausgegeben. Dies betrifft mit einem *realen* Rückgang von 15 % die Beherbergungs- und Gaststättendienstleistungen, mit je 12 % den Verkehr, die Innenausstattung und Instandhaltung von Wohnungen sowie Ausgaben für Haushaltsgeräte. Offensichtlich führte die höhere Tabaksteuer zur Zurückhaltung bei den Ausgaben für alkoholische Getränke und Tabakwaren um 15 % gegenüber 1998.



Zusammensetzung der Einnahmen eines Haushalts

Einkommen aus unselbstständiger Tätigkeit

- + Einkommen aus selbstständiger Erwerbstätigkeit
- + Einkommen aus öffentlichen Transferzahlungen (Renten, Leistungen der Arbeitslosenversicherung, Sozialhilfe, Kindergeld, BAföG, Wohngeld, Eigenheimzulage)
- + Einkommen aus nichtöffentlichen Transferzahlungen (zum Beispiel Betriebsrenten, aus privaten Lebensversicherungen und Unterhaltszahlungen anderer privater Haushalte sowie Einnahmen aus Untervermietung)
- + Einnahmen aus Vermögen (Zinsen, Dividenden, Nettoeinnahmen aus Vermietung und Verpachtung, Eigentümermietwert)

= Haushaltsbruttoeinkommen

- Steuern auf Einkommen (Lohn- und Einkommenssteuer, Kirchensteuer)
- Solidaritätszuschlag
- Pflichtbeiträge zur Sozialversicherung

= Haushaltsnettoeinkommen

- + Einnahmen aus Verkauf von Waren (zum Beispiel Verkauf von Gebrauchtpkw)

- + sonstige Einnahmen (Einnahmen aus Lotteriegewinnen, Einnahmen aus der Einlösung von Leergut und Flaschenpfand)

= ausgabefähige Einkommen und Einnahmen

- + Einnahmen aus Vermögensumwandlung (Auflösung von Sachvermögen und Geldvermögen)
- + Einnahmen aus Kreditaufnahme (Hypotheken, Konsumentenkredite)

= Gesamteinnahmen

Zusammensetzung der Ausgaben eines Haushalts

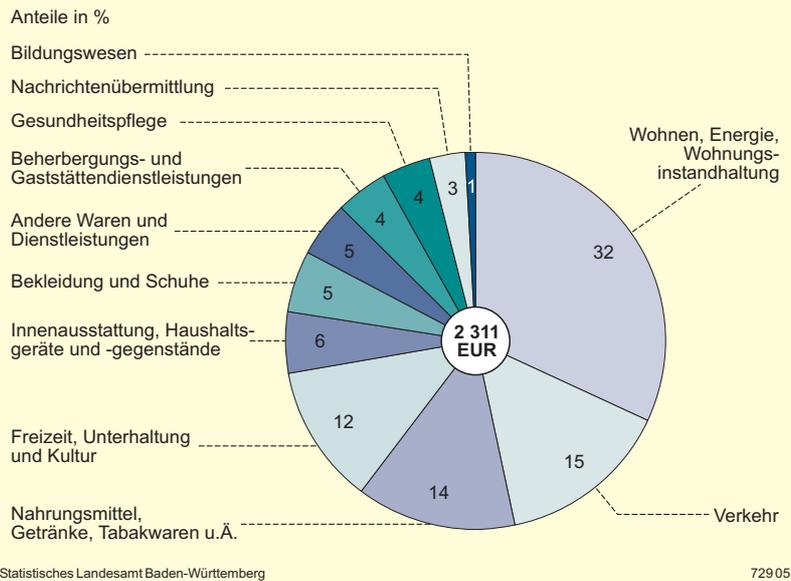
Private Konsumausgaben für zum Beispiel Nahrungsmittel, Wohnen, Freizeit, Verkehr

- + Ausgaben für Steuern auf Einkommen und Pflichtbeiträge zur Sozialversicherung
- + weitere Ausgaben wie Kfz-Steuer, freiwillige Beiträge zur Sozialversicherung, Versicherungsprämien wie Kfz-Versicherung und Ähnliches, Ausgaben für Tilgung und Verzinsung von Krediten, Ausgaben für Bildung von Vermögen

= Gesamtausgaben

S2

Konsumausgaben privater Haushalte in Baden-Württemberg 2003



Die Ausgabenstruktur der privaten Haushalte ist kurzfristig in der Regel keinen allzu großen Veränderungen unterworfen. Über längere Zeiträume werden strukturelle Unterschiede sichtbar (*Schaubild 2*). Diese hängen sowohl von Veränderungen der Konsumgewohnheiten ab, als auch von exogenen Größen, die die Haushalte zu Anpassungen ihres Ausgabenverhaltens veranlassen. Von 1988 bis 2003 änderte sich die Ausgabenstruktur wie folgt:

Konsumausgaben für	1988	2003
Wohnen, Energie und Wohnungsinstandhaltung	25 %	32 %
Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren sowie Bekleidung und Schuhe	24 %	19 %
Mobilität (Individualverkehr, Auto, Treibstoff, Öffentlicher Verkehr ...)	15 %	15 %
Freizeit, Unterhaltung und Kultur	12 %	12 %
Haushaltsgeräte und -gegenstände sowie die Innenausstattung	8 %	5 %
Beherbergungs- und Gaststätdienstleistungen	7 %	4 %
Konsumausgaben für Gesundheitspflege und Nachrichtenübermittlung	5 %	7 %

Monatliche Konsumausgaben je Haushalt über 2 300 Euro

Im Berichtsjahr 2003 lagen die durchschnittlichen privaten Konsumausgaben je Haushalt und Monat in Baden-Württemberg bei rund 2 311 Euro. Hochgerechnet auf das Land wurden damit mehr als 131 Mrd. Euro für den privaten Konsum ausgegeben. Bundesweit hatten die baden-württembergischen Haushalte die dritthöchsten durchschnittlichen Konsumausgaben. Nur in den Bundesländern Hessen und Bayern lagen die Werte geringfügig höher. Innerhalb der Bundesrepublik gibt es allerdings ein deutliches Süd-Nord-Gefälle. Deutlich unter dem Bundesdurchschnitt lagen neben den ost-deutschen Ländern auch die Stadtstaaten Bremen und Berlin.

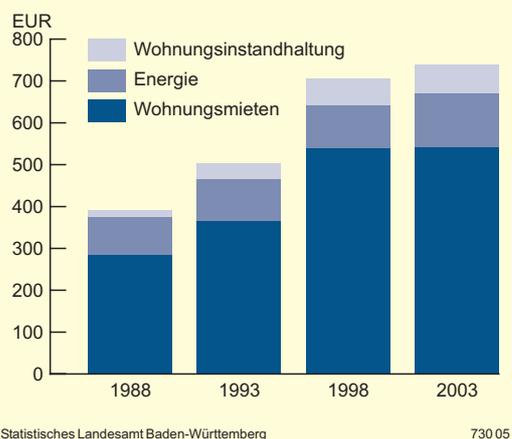
Wohnen: Größte Ausgabenposition am Konsumbudget der Haushalte

Etwa jeder dritte Euro, den die baden-württembergischen Haushalte 2003 pro Monat für den privaten Konsum ausgegeben haben, wurde für das Wohnen aufgewendet, gegenüber 1988 war das *nominal* fast eine Verdoppelung (*siehe auch Schaubild 3*):

Ausgaben	1988	2003	Zunahme
Wohnen, Energie, Wohnungsinstandhaltung	390	739	89 %
Konsumbudget insgesamt	1 514	2 310	53 %

S3

Durchschnittliche monatliche Aufwendungen der Haushalte für Wohnen in Baden-Württemberg 1988 bis 2003

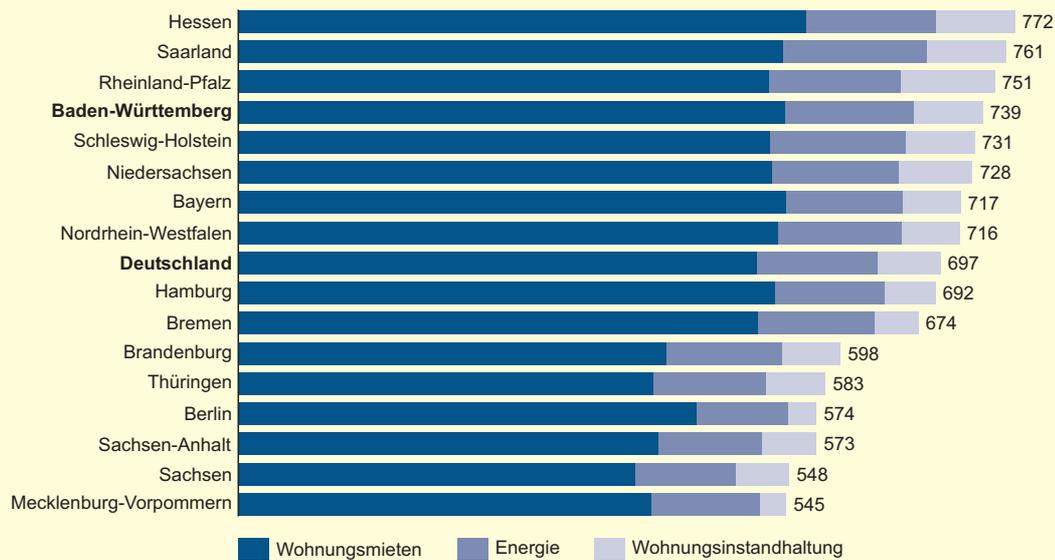


Der Löwenanteil der monatlichen Wohnausgaben 2003 entfiel mit 543 Euro (73,5%) auf die Miete, 128 Euro (17,3 %) wurde für die Haushaltsenergie und 68 Euro (9,2 %) für die Instandhaltung aufgewendet. Dabei ergaben sich seit 1988 erhebliche Verschiebungen in den Einzelposten.

Im Zeitraum von 1988 bis 1998 waren in den privaten Haushalten die Ausgaben für Wohnen kräftig (um + 81 %) angestiegen. Zum Vergleich: Der gesamte private Verbrauch stieg *nominal* „nur“ um + 47 %. Ursache waren die hohen Mietsteigerungen (+ 91 %), während die Energieausgaben (+ 13 %) eher dämpfend wirkten.

S4

Monatliche Ausgaben der Haushalte für Wohnen 2003 nach Bundesländern Ausgaben insgesamt in EUR



Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

731 05

Seit 1998 hat sich dies geändert. Die gesamten Ausgaben für Miete, Energie und Instandhaltung stiegen vergleichsweise wenig (um 4,7 %). Grund: Die Mietausgaben blieben nahezu konstant. Die Aufwendungen für Instandhaltung nahmen um 6,3 % zu, die Energiekosten stiegen aber bereits um 28 %. Und nach den jüngsten kräftigen Preiserhöhungen bei Rohöl wird diese Belastung vermutlich deutlich mehr als bisher zu Buche schlagen. Außerdem hat sich durch die 1999 eingeführte Ökosteuern die Energie für die Haushalte ebenfalls verteuert.

Bei den Aufwendungen für das Wohnen gibt es deutliche Unterschiede zwischen den Bundesländern (*Schaubild 4*). Baden-Württemberg liegt mit einem durchschnittlichen Wert von 739 Euro bundesweit an vierter Stelle. In den westdeutschen Flächenländern wurde im Durchschnitt zwischen 716 Euro in Nordrhein-Westfalen und 772 Euro in Hessen pro Monat für

Wohnen aufgewendet. Hamburg und Bremen lagen unter den Werten der westdeutschen Flächenländer und in Ostdeutschland geben die Haushalte deutlich weniger für das Wohnen aus als im Westen. So gibt der Durchschnittshaushalt in Mecklenburg-Vorpommern nur etwa 74 % eines baden-württembergischen Durchschnittshaushalts für Wohnen aus.

Weitere Ergebnisse und Hintergründe zur Einkommens- und Verbrauchsstichprobe können aktuell im Internet unter

<http://www.ext.stala.bwl.de/VolkswPreise/EVS/> abgerufen werden (Stand: Dezember 2005). ■

Weitere Auskünfte erteilen

Dr. Karl Pristl, Telefon 0711/641-2523

E-Mail: Karl.Pristl@stala.bwl.de

Dr. Michaela Voß, Telefon 0711/641-2520

E-Mail: Michaela.Voss@stala.bwl.de

kurz notiert ...

8 von 10 Haushalten besitzen mindestens ein Handy

Der Trend hin zur Modernisierung der technischen Ausstattung in privaten Haushalten hat sich auch im Jahr 2005 bestätigt. Mehr als vier Fünftel (83 %) der Haushalte telefonierten im 1. Quartal 2005 mit einem Handy, jeder vierte der Haushalte (25 %) sogar mit einer

mobilen Zugangsmöglichkeit zum Internet. Damit hat sich die Handygemeinde in den privaten Haushalten nochmals um 3 Prozentpunkte gegenüber 2004 vergrößert. Im Gegensatz dazu stagnierte die Verbreitung des Internets im Vergleich zum Vorjahr. So bestand im Jahr 2005 ebenso wie 2004 in etwas mehr als 6 von 10 Haushalten die Möglichkeit, im Internet zu surfen. ■